

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Ausschusses für Familie, Jugend, Senioren und Soziales**
der Stadt Remagen vom 31.08.2010

Einladung: Schreiben vom 20.08.2010

Tagungsort: Jugendbahnhof Remagen

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herbert Georgi

Beigeordnete/r

Hans-Joachim Bergmann

Dr. Rüdiger Finger

Joachim Titz

(bis TOP 3)

(ab TOP 2)

stellvertretende Ausschussmitglieder

Amélie Reinke

Ausschussmitglieder

Wilfried Humpert

Walter Köbbing

Norbert Matthias

Agnes Menacher

Gabriele Merten

Christa Reinartz-Uhrmacher

Dr. Jörg Roßberg

Fokje Schreurs-Elsinga

Anna Turiaux

Christine Vendel

(ab TOP 2)

(ab TOP 2)

Verwaltung

Eva Fuhrmann

Johannes Heibel

Wolfgang Proft

Schriftführer/in

Uwe Heuser

Entschuldigt fehlen:

Ausschussmitglieder

Nicole Westig-Keune

Astrid Zimmermann

Der Vorsitzende begrüßt die Sitzungsteilnehmer und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Behandelte Tagesordnungspunkte:

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 1. öffentliche Sitzung vom 10.12.2009
- 2 Demenzfreundliche Kommune; Antrag der FBL-Fraktion vom 03.06.2010
0253/2010
- 3 Durchführung eines Jugendworkshops
0254/2010
- 4 Einrichtung eines Seniorenbeirates
0088/2009/1
- 5 Mitteilung und Anfragen

2. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Zu Punkt 1 – Genehmigung der Niederschrift über die 1. öffentliche Sitzung vom 10.12.2009 –

Beschluss:

einstimmig beschlossen
Enthaltung 3

**Zu Punkt 2 – Demenzfreundliche Kommune; Antrag der FBL-Fraktion vom
03.06.2010
Vorlage: 0253/2010 –**

Protokoll:

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Schröder von der Leitstelle Demenz im Landkreis Ahrweiler.

Frau Schröder stellt das Projekt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) nochmals kurz vor und erläutert, dass die Leitstelle Demenz sich mit diesem Thema seit mehreren Jahren beschäftigt. So gibt es seit 2002 Treffen mit betroffenen Angehörigen. Da die Pflege von Demenzkranken sehr zeitaufwendig ist, wurden ehrenamtlich tätige Personen speziell für die Betreuung ausgebildet. Seit 2006 werden diese Schulungen auch für Angehörige angeboten.

Für das neue Projekt wurde die Rheinschiene bewusst gewählt, da Remagen, Sinzig und Bad Breisig bereits vielfach zusammenarbeiten (Rhein Meile aktiv, Feuerwehr, Weihnachtsmärkte u.ä.).

Frau Schröder betont, dass es sich bei der erbetenen Unterstützung nicht nur um eine finanzielle Beteiligung der Stadt handelt. Vor allem sei auch die personelle und organisatorische Unterstützung sehr wichtig.

Im Anschluss an den Vortrag erfolgt eine rege Diskussion an der sich alle Fraktionen beteiligen. Frau Schröder beantwortet dabei die Fragen der Ausschussmitglieder, unter anderem zu der Krankheit Demenz. So gibt es keine Angaben zu der Anzahl der Erkrankten. In Rheinland-Pfalz geht man von ca. 60.000 Personen aus. Alle Fraktionen befürworten das Projekt. Dies kann allerdings nur begleitend erfolgen, da es keine originäre Aufgabe der Kommune ist. Eine Rückmeldung der anderen Kommunen liegt bisher nicht vor. In Bad Breisig wird sich Anfang September ebenfalls ein Ausschuss mit dem Thema beschäftigen.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass die organisatorische Unterstützung von Frau Eva Fuhrmann wahrgenommen wird. Der städtische Finanzierungsanteil von 4.000,00 € soll in die Haushaltsberatungen für das Jahr 2011 eingebracht werden.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Soziales stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden zu.

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 3 – Durchführung eines Jugendworkshops
Vorlage: 0254/2010 –

Protokoll:

Auf die Beschlussvorlage wird verwiesen.

Herr Heibel trägt vor, dass die Verwaltung sich intensiv mit der Planung und Durchführung befasst hat. Er bedauert, dass sich trotz der guten Vorbereitung kaum Jugendliche am Workshop beteiligt haben. Auf die Nachfrage, woran das liegt, teilt er mit, dass die Jugendlichen durch Schule, Lernen und Vereinszugehörigkeiten zeitlich sehr eingebunden sind. Bei vielen Jugendlichen fehlt aber auch das politische Interesse.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man zukünftig die Jugendlichen bei sie betreffenden Projekten und Planungen bereits im Vorfeld einbeziehen will. Gegebenenfalls können über den Jugendbahnhof zukünftig Kurse angeboten werden, durch die den Jugendlichen das Thema politische/öffentliche Belange näher gebracht wird.

Frau Vendel teilt mit, dass man die Schülerparlamente gezielt ansprechen sollte. Herr Heibel entgegnet, dass diese mehrfach angesprochen wurden.

Der Vorsitzende sagt zu, dass die Schulen nochmals angeschrieben werden, um diese auch über das Ergebnis des Workshops zu informieren.

Der Ausschuss sieht aufgrund des geringen Interesses derzeit keinen weiteren Handlungsbedarf.

zur Kenntnis genommen

Zu Punkt 4 – Einrichtung eines Seniorenbeirates
Vorlage: 0088/2009/1 –

Protokoll:

Auf die Beschlussvorlage wird verwiesen.

Da sowohl die CDU als auch die WGR die Angelegenheit bisher nicht in der Fraktion beraten haben, soll in der heutigen Sitzung von einer Beratung abgesehen werden. Diesem Vorschlag stimmt der Ausschuss nicht zu, da der Punkt in der letzten Sitzung bereits abgesetzt wurde.

Grundsätzlich fand der Satzungsvorschlag der SPD Zustimmung bei den Ausschussmitgliedern. Die eine oder andere Formulierung bedarf aber noch der Abstimmung.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Satzung sowie die Änderung der Hauptsatzung vom Stadtrat beschlossen werden muss, so dass noch eine weitere Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss erforderlich ist. Er schlägt daher vor, heute von einer Beschlussfassung abzusehen und diesen Punkt in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.09.2010 auf die Tagesordnung zu setzen. Die Fraktionen möchten bitte ihre Anregungen und Änderungswünsche bis 5 Tage vor der Sitzung mitteilen.

Mit dieser Vorgehensweise ist der Ausschuss einverstanden.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Soziales beschließt die Verweisung an den Haupt- und Finanzausschuss.

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 5 – Mitteilung und Anfragen –

Protokoll:

Mitteilungen:

Die Verwaltung hat eine Auswertung der Auslastung der Jugendräume vorgenommen, die als Anlage beigefügt ist.

Anfragen

Es liegt eine schriftliche Anfrage von Frau Turiaux vor. Die Anfrage bezieht sich auf den Anspruch von Kindern ab dem vollendeten zweiten Lebensjahres auf einen kostenfreien Kindertagesstättenplatz. Eine gleichlautende Anfrage liegt auch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Herr Proft hat teilweise die Fragen in der Sitzung beantwortet.

1. Wie hat sich durch diesen Anspruch die Zahl der erforderlichen Kindertagesstättenplätze in der Kernstadt und den angegliederten Orten entwickelt?

Antwort der Verwaltung

Auf Basis der Einwohnermeldestatistik sowie einer Abfrage der aktuellen Belegung der Kindertagesstätten besteht zum Stichtag 01.04.2011 (Planungsstichtag des Kreisjugendamtes Ahrweiler) in der Kernstadt ein Fehlbedarf von 18 Plätzen für Zweijährige, dies entspricht zwei Krippengruppen. Es wird davon ausgegangen, dass

nicht wie bundesweit ursprünglich geplant 35 % sondern 60 % der Zweijährigen ein Platz in Anspruch nehmen. Eine Krippengruppe besteht aus maximal 8 bis 10 Kindern bei zwei Erzieherinnen als Vollzeitkräfte.

Für die Ortsteile besteht derzeit bedarfsplanerisch kein zusätzlicher Handlungsbedarf.

2. Ist ein höherer Bedarf entstanden und wenn ja, wie wird dieser geregelt? Wo werden die nötigen Plätze im Einzelnen zur Verfügung gestellt?

Antwort der Verwaltung

Nach mehreren Ortsterminen mit dem Kreis- und Landesjugendamt steht fest, dass neben einem Neubau von 2 Krippengruppen mit dem notwendigen Nebenraumprogramm als günstigere Alternative nur der Anbau von diesen zwei Gruppen am kath. Kindergarten St. Martin in der Kernstadt verbleibt. Nach einem Ortstermin hat der Verwaltungsrat der kath. Kirchengemeinde St. Peter und Paul grundsätzlich der Nutzung eines Teils des Kindergartens und des Kindergartengeländes für den An- bzw. Ausbau der bestehenden Einrichtung zugestimmt.

Der Haupt- und Finanzausschuss wird sich in seiner nächsten Sitzung mit der Problematik beschäftigen.

3. Sind die Kinder vom zweiten bis dritten Lebensjahr in besonderen Gruppen zusammengefasst oder werden sie mit den anderen Altersgruppen gemeinsam betreut?

Antwort der Verwaltung

Altersgemischte Gruppen von 2 - 6 Jahren mit einer Bezugserzieherin für die Zweijährigen gibt es in den Kindertagesstätten St. Anna in Remagen und dem kath. Kindergarten Arche Noah in Oberwinter. Die Bezugserzieherin ist halbtags angestellt, die Personalkosten übernehmen Land und Kreis zu 100 %.

In den Kindergärten St. Martin und St. Johannes-Nepomuk Kripp werden die Zweijährigen separat betreut. Im städt. Kindergarten in Unkelbach werden die zwei und dreijährigen Kinder in einer Gruppe und im evangelischen Kindergarten in Oberwinter die zwei- bis vierjährigen Kinder und die fünf- und sechsjährigen Kinder jeweils in einer Gruppe betreut.

Eine Bezugserzieherin wird halbtags eingestellt und zu 100 % bezuschusst, wenn mindestens fünf und höchstens sechs Zweijährige in einer Gruppe sind. Diese Gruppen nennt man geöffnete Gruppen.

Eine Alternative hierzu ist die Gruppe "Kleine Altersmischung". Diese Gruppe besteht nur aus 15 Kindern, davon maximal 7 Krippenkinder. Bei der personellen Besetzung bleibt es bei der Regelbesetzung von 1,75 Kräften, also ohne Bezugserzieherin. Die Einrichtung dieser Gruppenart wird vom Kreisjugendamt nur genehmigt, wenn ausreichend Plätze vorhanden sind. Eine solche Gruppe haben wir im Kindergarten Unkelbach, im städt. Kindergarten in Kripp und im kath. Kindergarten in Oberwinter.

4. Wird in Betracht gezogen, zu den in den Einrichtungen bereit gestellten Plätzen zusätzlich Tagespflegeplätze zur Verfügung zu stellen?

Antwort der Verwaltung

Über die Einrichtung eines Tagespflegeplatzes entscheidet das Kreisjugendamt in alleiniger Verantwortung. Wir haben keinen Überblick über die Anzahl der Plätze.

5. Wie sind die Betreuungszeiten in den Einrichtungen geregelt?

Antwort der Verwaltung

Städt. Kindertagesstätte St. Anna Ganztagsgruppe	7.15 Uhr - 14.00 Uhr, freitags bis 13.00 Uhr 7.15 Uhr - 16.30 Uhr, freitags bis 15.30 Uhr
---	--

Kath. Kindertagesstätte St. Martin Ganztagsgruppe	7.15 Uhr - 14.00 Uhr 7.15 Uhr - 16.30 Uhr, freitags bis 15.30 Uhr
--	--

Kath. Kindertagesstätte St. Johannes- Nepomuk in Remagen-Kripp	7.15 Uhr - 16.30 Uhr einschl. Ganztagsgruppe
---	---

Städt. Kindertagesstätte Pustebume in Remagen Kripp	7.15 Uhr - 14.15 Uhr, freitags bis 13.15 Uhr
--	--

Kath. Kindertagesstätte Arche Noah in Remagen-Oberwinter Uhr Ganztagsgruppe von	7.15 Uhr - 12.30 Uhr und 13.30 Uhr - 16.00 Uhr 7.15 Uhr - 16.30 Uhr
--	---

Evangl. Kindertagesstätte Oberwinter Ganztagsgruppe	7.30 Uhr - 14.00 Uhr 7.15 Uhr - 16.15 Uhr
--	--

Städt. Kindertagesstätte Unkelbach Ganztagsgruppe	7.15 Uhr - 14.15 Uhr 7.15 Uhr - 16.15 Uhr, freitags bis 13.15 Uhr
--	--

6. Wie ist die zukünftige Entwicklung mit Rücksicht auf die demographische Entwicklung zu sehen?

Antwort der Verwaltung

Zunächst ist abzuwarten, wie viele Zweijährige tatsächlich das Betreuungsangebot wahrnehmen. Da naturbedingt nur mit einem weiteren Jahrgang geplant werden kann, werden die Geburten- und Anmeldezahlen vierteljährlich mit den Kreisjugendamt abgeglichen und beobachtet. Sollte sich herausstellen, dass die Betreuungsangebote für die zwei- bis dreijährigen Kinder in der Kernstadt auch nach Realisierung des o.g. Bauvorhabens nicht ausreichen, muss auch über Kapazitätserweiterungen in einzelnen Ortsteilen zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs der Zweijährigen aus der Kernstadt erneut nachgedacht werden.

Frau Reinartz-Uhrmacher fragt nach, ob bei den Planungen berücksichtigt wird, dass ab 2013 auch die Einjährigen einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz haben

sollen. Die jetzigen Planungen berücksichtigen dies nicht, da dies jetzt noch viel zu früh ist. Im Bezug auf die Räumlichkeiten (Wickelraum u.ä.) dürften sich allerdings keine Probleme ergeben.

Frau Turiaux fragt nach, ob es Planungen zur Einrichtung eines Behindertenbeirates gibt. Der Vorsitzende teilt mit, dass ein Schreiben einer Remagener Bürgerin vorliegt, in dem die Errichtung eines Behindertenbeirates gewünscht wird. Auf zwei Terminvorschläge zur Erörterung ihrer Anregungen ist die Bürgerin nicht eingegangen. Der Ausschuss ist sich einig, dass ein Beirat für Behinderte nicht erforderlich ist, da die Interessen bereits in den vorhandenen Ausschüssen berücksichtigt werden. Bei Bedarf könnte ein „Kompetenzteam“ bei Entscheidungen mit einbezogen werden.

In diesem Zusammenhang weist Herr Dr. Roßberg auf den schlechten Zustand des Gehweges zu seiner Praxis hin. Hier müsste unbedingt eine barrierefreie Zuwegung erfolgen. Den Hinweis des Vorsitzenden, dass er sein privates Anliegen im Ausschuss nicht thematisieren darf, ignoriert Herr Dr. Roßberg. Er gibt zu Protokoll, dass es sich nicht um die Verfolgung von Eigeninteressen handle. Er vertrete hier die Interessen von 200 Patienten seiner Praxis. Diese hatten in einer Unterschriftenliste den Ausbau des Gehweges gefordert. Der Vorsitzende weist Herrn Dr. Roßberg mit Nachdruck darauf hin, dass er in dieser Angelegenheit befangen ist und somit kein Rederecht hat.

Weiterhin liegt eine schriftliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Sachstand Asylantenwohnheim, Batterieweg 50, Remagen-Kripp vor. Der Vorsitzende teilt mit, dass dies in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses auf der Tagesordnung steht. Zwischenzeitlich hat sich die Situation dahin geändert, dass die Zahl der Asylbewerber angestiegen ist und weiter ansteigen wird. Da keine Alternativen gefunden wurden und weitere Asylbewerber der Stadt zugewiesen werden, wird die Unterkunft auch zukünftig benötigt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 18:30 Uhr.

Remagen, den 09.09.2010

Der Vorsitzende

Schriftführer/in

Herbert Georgi
Bürgermeister

Uwe Heuser